

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Beleg und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2908-2907

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Herriots Friedensplan.

Gegenseitige Sicherungsverträge - mit Deutschland.

Der Londoner „New Leader“ und das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten heute morgen eine Unterredung des bekannten englischen Pazifisten Norman Angell mit Herriot, die geeignet ist, in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen zu erregen.

Nach einigen bedauernden Vorbemerkungen über den geringen Eindruck, den die Ruhramnestie in Deutschland gemacht habe, obwohl diese Handlung „nicht ohne Schwierigkeiten“ geschah, und über diplomatische Fehler Deutschlands in der Vergangenheit, erklärte Herriot, er wüßte das Sicherheitsproblem nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu lösen, und zwar auf folgende Weise:

Gemäß Artikeln 10, 16 und 21 schlagen wir vor, daß die Alliierten einen gemeinsamen und gegenseitigen Bestandsvertrag schließen, und dann schließlich, wenn gewisse, noch bestehende Schwierigkeiten überwunden sind, sich erbieten, Deutschland zu einem Teilnehmer dieses Vertrages zu machen, ihm seine Vorteile und seine Verpflichtungen anbieten.

Auf die Frage, ob das etwa nur bedeute, daß Deutschland ein Mitglied des Völkerbundes werden solle, erwiderte Herriot:

Nicht lediglich ein Mitglied des Völkerbundes. Das ist elementar. Sondern ich meine auch, daß es Deutschland offen stehen sollte, diesem Pakte gegenseitiger Garantie beizutreten. Daß wir Deutschland den Schutz, den er gewährt, zugesichert werden, wenn es die Verpflichtungen übernimmt, die er auferlegt.

Herriot teilte Norman Angell mit, daß er sich der Bereitwilligkeit Raklets, seinen Plan zu unterstützen, bereits versichert habe. Norman Angell entwickelte sodann seine eigene Auffassung dieses Planes:

Gerade weiß uns so gut bewußt ist, daß der deutsche Nationalismus und deutsche Waffen die große Gefahr für Europa und Frankreich sind, wünschen einige von uns auf dieser Seite des Kanals, Deutschland Schutz für seine gesetzmäßigen Rechte zu gewähren. Denn jede Nation, die das nicht hat, die nicht einmal das Recht auf unparteiisches Urteil in Streitfragen hat, die keinen Schutz als ihre eigene Stärke besitzt, muß fast sicher einen gefährlichen Nationalismus entwickeln, muß fast sicher auf dem Versuche, ihre eigene Kraft auszubauen, beharren. Die einzige Hoffnung, das zu verhindern, ist, daß Deutschland eine andere Sicherheit verschafft wird als seine eigene Stärke, die, wenn sie neu geschaffen wird, bestimmt Frankreich bedrohen wird. Mit anderen Worten, gerade zu dem Zwecke, Frankreich endgültig Sicherheit zu schaffen, wollen wir für Deutschland ein anderes Sicherheitsmittel als seine eigene Macht ausfindig machen. Sie verstehen, daß dieser Grundgedanke, dem, wie ich glaube, hier so viele anhängen, von wesentlicher Bedeutung ist?

Herriot antwortete:

Jawohl, und ich bin vollkommen einverstanden.

Es wird notwendig sein, daß man sich in Deutschland mit diesem Vorschlag ernst, eindringlich und entgegenkommend beschäftigt. Nichts wäre verhängnisvoller als eine Wiederholung der Fehler, die gegenüber dem Haager Schiedsgerichtshof gemacht wurden, von dessen Beschlüssen Wilhelm II. in einer Randbemerkung erklärte, er werde auf sie „sch...“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob sie bereit sei, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund noch vor dem 1. September zu stellen. Mit diesem Antrag und seiner Annahme wäre die „elementare“ Grundlage für die Verwirklichung von Herriots Plan geschaffen, alles weitere müßte dann Gegenstand von Verhandlungen innerhalb des Völkerbundes sein.

Die Schwierigkeit für den Abschluß von Sicherungsverträgen mit Deutschland liegt auf deutscher Seite in dem doppelten Umstand, daß die Gebietsverluste, die Deutschland durch seine Niederlage erlitten hat, noch schmerzhaft nachwirken und daß ein Teil der staatsrechtlich bei Deutschland verbliebenen Gebiete noch unter der militärischen Besetzung der Sieger steht.

Beide Fragen werden voneinander zu trennen sein. Darf Deutschland das Odium auf sich nehmen, zur Wiedererwerbung des Verlorenen auf einen neuen Krieg hinzuwirken, von dem niemand weiß, wann er kommen und ob er für Deutschland siegreich sein wird? Würde ein solcher Krieg nicht Opfer fordern, die den möglichen Gewinn um ein Vielfaches übersteigen?

Und die zweite Frage: Gibt es für Deutschland eine andere Möglichkeit, das Joch der Besetzung möglichst rasch abzuschütteln als durch Verträge? Darüber kann kein Zweifel sein: ein gegenseitiger deutsch-französischer Sicherungsvertrag bei gleichzeitigem Verbleiben von Besetzungstruppen auf deutschem Boden wäre ein Widerspruch in sich selbst. Wer sich durch Vertrag sichern will, kann sich nicht durch Gewalt

sichern, wer sich durch Gewalt sichern will, kann sich nicht gleichzeitig durch Vertrag sichern!

Aus dieser Betrachtung ergibt sich zweierlei: Deutschland darf gegenüber einem Plan, der ganz Europa ein neues glücklicheres Zeitalter verheißt, niemals die Rolle eines Mephisto spielen, der einer heilsam schaffenden Gewalt die kalte Teufelsfaust entgegenstreckt. Und dann ganz positiv: Aus dem Plan Herriots ergeben sich aussichtsreiche Möglichkeiten für eine Verkürzung der Besatzungsfristen, für eine Neuorientierung der europäischen Politik, die Deutschland zum Gleichberechtigten einer friedlichen Gemeinschaft macht.

Es ist also dringend nötig, daß die Bretter entfernt werden, die gewisse deutsche Staatsmänner vor dem Kopf tragen. Es ist dringend nötig, daß wir aus dem Stadium des ängstlichen Lavierens, des Schielens auf innerpolitische Schwierigkeiten endlich herauskommen. Seit Rathenaus Tod hat die deutsche Außenpolitik eigene Ideen überhaupt nicht mehr entwickelt, stets hat sie die Initiative der anderen Seite überlassen. Auch jetzt erscheinen Herriot und Macdonald nicht nur als die physisch Mächtigen, sondern auch als die geistig Führenden, die die Welt für ihre Ideen zu interessieren und zu erwärmen verstehen, während Deutschland ungefähr in der Psychologie des Kaninchens im Käfig verharrt.

Schuld daran trägt vor allem die nationalistische Agitation, die eine sinnlose Aktivität der Außenpolitik verlangt und damit jede sinnvolle, wohlüberlegte verhindert. Dieser Bann muß gebrochen werden! Deutschland muß zu dem Plan Herriots seinen eigenen geistigen Anteil beitragen und für seine Verantwortlichkeit einstehen in einer Form, die der Ehre und den Lebensinteressen aller beteiligten Völker, auch des deutschen, entspricht.

Keine militärischen Verpflichtungen zwischen England und Frankreich.

London, 27. Juni. (WZB.) An den Premierminister wurde im Unterhaus eine Anfrage wegen der Zulage gestellt, die er nach einer in der belgischen Presse verbreiteten Meldung Herriot gegeben haben soll und die auf den Fall eines gegen Frankreich gerichteten Angriffs Bezug nehme. Macdonald erklärte, es bestehe ganz und gar keine Verpflichtung zu einem militärischen Defensivbündnis. Die Absicht sei gewesen, das britische und französische Kommuniqué über die Besprechungen in Chequers denselben Inhalt haben sollte, nämlich, daß Herriot und Macdonald bezüglich der ihnen vorliegenden Fragen und der Methode durch sie einer Lösung näher gebracht werden sollen, sich in vollkommener Übereinstimmung befanden.

Das Echo in England.

London, 27. Juni. (WZB.) Herriots Unterredung mit Norman Angell, insbesondere sein Eintreten für den Einbruch Deutschlands in einen gegenseitigen Garantievertrag, sowie seine Erklärung, daß auch General Raklet bereit sei, den Grundgedanke des Einchlusses Deutschlands in diesen Pakt zuzustimmen, wird in der Presse viel beachtet.

„Westminster Gazette“ begrüßt die Erklärung des französischen Premiers, betont jedoch, daß Herriot seine Politik gestern in der Kammer mit viel größerer Zurückhaltung ausinandergesetzt habe. Das liberale Blatt wirft dann Macdonald vor, daß er der Öffentlichkeit keine Informationen über einen so wichtigen Plan gegeben habe. Das englische Volk habe ein Recht darauf, die Politik der Regierung zu kennen. Unbestimmte amtliche Kommuniqués, die einige Tage hinter den französischen Enthüllungen nachhinken, seien schlimmer als wertlos. Macdonalds gestrige Antwort im Unterhaus habe von den Auslegungen, die Herriot den Besprechungen Macdonalds gegeben habe, nichts wegerklärt und habe das Unterhaus ebenso sehr wie immer über die Einzelheiten seiner Politik im Dunkeln gelassen.

„Daily Chronicle“ schreibt, in Anbetracht der Zahl und Verschiedenheit der Herriot-Interviews, die in der französischen und der belgischen Presse erschienen seien, könne man nicht jeder Silbe des im „New Leader“ veröffentlichten Interviews das Gewicht beimessen, das man ihm in einem andern Falle hätte beimessen können. Die darin dargelegte Politik sei jedoch klar: Das Problem der Sicherheitsfrage solle gelöst werden erstens durch den Völkerbund und zweitens durch einen „gemeinsamen und gegenseitigen Unterstützungsvertrag zwischen den Alliierten“, dem beizutreten Deutschland schließlich eingeladen werden solle. Diese Absicht werde zweifellos die britische Haltung erheblich beeinflussen, denn ohne diesen Einbruch Deutschlands würde England kaum irgend etwas dieser Art unterstützen. Herriot dürfe sich nicht täuschen.

2 1/2 Jahre Poincaré

hätten in England Wirkungen hervorgebracht, die nicht so leicht zu verwischen seien. Die Erfahrungen der Paernerschaft mit Frankreich seien so gewesen, daß sie England nicht ermutigten, sie auszudehnen. Man habe nicht nur gesehen, wie Frankreich den Versailler Vertrag im Ruhrgebiet gebrochen habe, wie es sich über die Wünsche und Rechte seiner Mitgläubiger gegenüber Deutschland hinweggesetzt habe, sondern man habe auch gesehen, wie Frankreich England auf fast jedem andern wichtigen Punkte der Welt entgegen gearbeitet, es verlegt oder sogar verraten habe auf den Konferenzen von Lausanne, in Genoa, Tiflis, Angora und Washington.

„Daily Mail“ nennt es klar, daß Herriot in seiner Unterredung mit Norman Angell die Vorschläge dargelegt habe, die er Macdonald inoffiziell unterbreitet habe, deren Erörterung aber bis nach der Londoner Konferenz verschoben worden sei. Man sei im übrigen in London der Ansicht,

daß die Justizkonferenz nicht lange Zeit brauchen werde, um zu Beschlüssen zu gelangen.

Günstige Informationen seien beim Foreign Office bezüglich der Ansichten der in Betracht kommenden Regierungen einschließlich der amerikanischen eingegangen.

Auch die Schmellegkeit, mit der Kellogg und Logan zu amerikanischen Vertretern ernannt worden seien, werde in diplomatischen Kreisen als ein Beweis dafür angesehen. Die Tatsache, daß der Dawesbericht zum großen Teil, vielleicht zum größten Teil, amerikanische Arbeit darstelle, bessere die gesamte Lage der Dinge.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, dem zufolge der amerikanische Botschafter Kellogg befragt sein werde eingetreten, wenn er der Ansicht sei, daß amerikanische Interessen berührt würden, schreibt: Wenn Mussolini nicht in der Lage wäre, als Vertreter Italiens nach London zu kommen, so werde erwartet, daß der italienische Botschafter in London und der ständige Unterstaatssekretär des italienischen auswärtigen Amtes, Senator Contarini, Delegierte werden.

Bürgerblock gegen Arbeiterschaft.

Zu den Kämpfen im Berliner Rathaus.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erfreut sich keines besonderen Rufes. Sie ist sicher nicht schlechter als andere Parlamente, aber sie hat den Ruhm, mit der Veranstaltung von Radausätzen führend vorangegangen zu sein. Die Abneigung, die gegen Berlin im Lande weit verbreitet ist, tut ein übriges, um das Ansehen des Berliner Rathausparlaments nicht gerade zu heben. Aus dieser Stimmung heraus kann die Auffassung Boden gewinnen, als ob es sich bei den Kämpfen, die sich jetzt dort abspielen, um mehr oder minder unwichtige und nebensächliche Krakeleerien handele. Das äußere Drum und Dran kann leicht die Aufmerksamkeit von dem Kern der Auseinandersetzungen ablenken.

Nach außen hin erscheint als unmittelbarer Anlaß zur jetzigen Krise der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Streit um die Geschäftsführung des sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher. Zwar glaubt in den bürgerlichen Parteien kein Mensch an die moralische Entrüstung, die man über unseren Genossen Haß zu markieren beliebt. Haß ist ein Mann, der viel zu lange im öffentlichen Leben steht, und als unparteiisch und objektiv bekannt ist, als daß die Anwürfe, die gegen ihn gerichtet werden, bei ernst zu nehmenden Leuten irgendwelchen Boden finden könnten. Die Auseinandersetzungen über die Handhabung der Geschäftsführung sind vielmehr lediglich ein Vorwand, um von dem eigentlichen Kern der Sache abzulenken.

Im Berliner Rathaus handelt es sich um nichts anderes als um den jetzt geschlossenen Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterschaft. Das Eindringen der Arbeiterbewegung in die Verwaltung der größten deutschen Stadt soll soweit als irgend möglich rückgängig gemacht werden. Seit Jahren kämpfen die bürgerlichen Parteien um dieses Ziel.

Der Bürgerblock, der sich bei den letzten Wahlen im Jahre 1921 gebildet hatte, und mit einer schwachen Mehrheit von fünf Stimmen ins Rathaus einzog, ist freilich niemals imstande gewesen, aus eigener Kraft ernsthaft etwas Positives zu leisten. Einmal war die Mehrheit viel zu schwach und andernd waren die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Fraktionen viel zu stark, als daß sie zu positiver kommunalarbeit hätten zusammenhalten können. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Etat für Jahr gegen die Stimmen der größten bürgerlichen Fraktion angenommen wurde und daß ohne die positive Mitarbeit der beiden sozialdemokratischen Fraktionen von Anfang an das Haus arbeitsunfähig gewesen wäre. Namentlich die Deutschenationalen haben in ihrem fanatischen Kampf gegen die Sozialdemokratie allzu oft die Grenzen dessen überschritten, was selbst ein so robuster Sozialistenfeind wie der Volkspartei v. Egnern für möglich hielt. Sie standen unter der Führung ihres rühmlichst bekannten Pfarrers Koch, einer der unsympathischsten Figuren im Berliner Stadtparlament, der, sehr im Gegensatz zu seinem christlichen Beruf, seine Hauptaufgabe in der Inszenierung von Radausätzen sah und der allzu oft der eigentliche Drahtzieher all der stürmischen Tumulte gewesen ist, über die dann die deutschnationale Presse sich heuchlerisch entrüstete. Seitdem der besonnenere frühere Zweckverbandsdirektor Dr. Steiniger in den Reichstag eingezogen ist, hat dieser Parteidemagoge kleinsten Kalibers das Heft wieder in der Hand und diktiert mit seinem rücksichtslosen Draufgängerum den bürgerlichen Parteien das Geheiß der Handlung. Außertüchtig haben zwar die Demokraten gelegentlich versucht, eine von der deutschnationalen Demagogie unabhängige Haltung zu markieren. Es ist

über Stadtkommun. daß der weit rechts stehende demokratische Fraktionsführer, der Schulrat Mertens, hinter den Kulissen alles getan hat, immer wieder eine einheitliche Front der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen. Man kann mit Recht sagen, daß in der Mehrzahl der Fälle gerade der demokratische Fraktionsführer es gewesen ist, der die letzten Schwierigkeiten für eine einheitliche Bürgerblockfront mit Erfolg beseitigte. Jedenfalls ist es für die Haltung der Berliner Demokraten charakteristisch, daß sie durch ihre offizielle Führung in den letzten Jahren auch nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht haben, in irgendeiner wichtigen Frage sich mit der Sozialdemokratie zu verständigen. Der Gang zum deutschösterreichischen Heerpapst fiel ihnen bedeutend leichter.

Bedeutend das Zentrum hat versucht, eine mittelparteiliche Haltung einzunehmen. Namentlich in wirtschaftlichen Fragen hat es häufig gemeinsam mit der Sozialdemokratie reaktionäre Anschläge abgewiesen. Diese Haltung der Zentrumsfraktion, die dabei noch häufig in drei Teile auseinanderfiel, führte aber bezeichnenderweise zu schweren Auseinandersetzungen im Zentrum selber und zu den heftigsten Angriffen der bürgerlichen Parteien. Es war der demokratische Fraktionsführer, der in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre dem Zentrum vorwarf, daß es bei der Etatsberatung „nicht mit dem Bürgerblock zusammengehalten“ habe.

Bliesleicht wäre es bei der Beratung des Magistratsabbaus auch nicht möglich gewesen, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen aufmarschierten, wenn nicht der Kampf um den Berliner Stadtschulrat hinzugekommen wäre. In der bürgerlichen Presse wird es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie sich einer Verringerung des Berliner Magistrats widersetze. Es wird dabei geflissentlich verschwiegen, daß eine beträchtliche Verringerung bereits stattgefunden hat, und daß die Sozialdemokratie auch über eine weitere Verringerung jederzeit mit sich würde verhandeln lassen und eine Verständigung durchaus möglich wäre, wenn die bürgerlichen Parteien nicht ganz offenkundig den günstigen Moment benutzten, um einen unbestreitbaren Rechtsbruch und eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften des preussischen Abbaugesetzes zu begehen. Niemand kann bestreiten, daß der Abbau des Berliner Stadtschulrats entgegen den klaren Bestimmungen des Gesetzes aus rein politischen und nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Wenn die bürgerlichen Parteien sich in letzter Stunde entschlossen haben, die Stadtschulratsstelle abzubauen, so ist das nur ein kümmerlicher Versuch, ihren Rechtsbruch zu verschleiern. Jeder Mensch weiß, daß sie bald darauf die Wiederbesetzung der Stelle versuchen werden und daß der demokratische Fraktionsführer auf den Rücken der Deutschnationalen in den Magistrat als Stadtschulrat einzuziehen hofft. An diesem Punkte hat auch das Zentrum sich vom Parteienanarchismus hinreißend lassen und aus Abneigung gegen den Sozialdemokraten Paulsen sich in die allgemeine Front des Bürgerblocks eingereiht. Die „Germania“ hat zwar mancherlei moralische Bedenken gegen diese Taktik gezeigt, aber der Parteiegoismus hat schließlich doch über die gewiß vorhandene rechtliche und politische Einsicht gesiegt.

Daß die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus sich gegen diese Vergewaltigung mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln wehrt, ist ihr gutes Recht. Anstatt sich darüber zu entrüsten, sollten die bürgerlichen Parteien lieber die erforderlichen 113 Mann auf die Beine bringen, dann wäre eine Obstruktion nicht möglich und das Ziel ihrer Wünsche ließe sich bald erreichen. Eine Mehrheit, die nicht imstande ist, als Mehrheit aufzutreten und ihren Willen durchzusetzen, hat kein Recht, sich darüber zu beschweren, wenn andere sich eine Vergewaltigung nicht gefallen lassen wollen.

Der Schlüssel der Situation liegt bei dieser Sachlage nach wie vor bei den Mittelparteien. Aber mindestens die Demokraten sind offenbar entschlossen, jetzt mit den Deutschnationalen durch die und dünn zu gehen. Sie gehen jetzt weit über das hinaus, was sie der Sozialdemokratie vorwerfen, sie ver-

suchen die Stadtverordnetenversammlung überhaupt arbeitsunfähig zu machen. Das würde natürlich im Endergebnis zur Auflösung und zu Neuwahlen führen. Offenbar gibt man sich noch der naiven Illusion hin, durch die Drohung mit der Auflösung die Sozialdemokratie gefügig machen zu können. Es wäre besser, wenn die Mittelparteien sich lieber die Frage vorlegten, wessen Geschäfte sie mit dieser ihrer Obstruktionspolitik besorgen. Bei ruhiger Ueberlegung werden sie zu demselben Ergebnis kommen, wie die „Vossische Zeitung“ und die „Berliner Volkszeitung“, nämlich daß sie mit ihrer Taktik letzten Endes nur die Geschäfte der Deutschnationalen besorgen und sich zu Handlangern der Reaktion machen. Wenn sie das absolut wollen, kann die Sozialdemokratie sie natürlich nicht hindern. Den allgemeinen politischen Notwendigkeiten des Moments entspricht ein solches Verhalten der Mittelparteien sicher nicht. Es gehört aber leider zu den zahllosen Unzulänglichkeiten, die die Politik des sogenannten demokratischen Bürgerturns in Deutschland nun leider einmal auszeichnet. Die Sozialdemokratie fürchtet diese Entwicklung im Berliner Rathaus nicht. Sie wird sich ihre Stellung und den Einfluß, der ihr gebührt, auch trotz Herrn Mertens und trotz aller Bürgerblockbildungen zu erkämpfen wissen. Wenn die bürgerlichen Parteien heute noch glauben, ohne sie auskommen zu können, so können wir getrost abwarten, ob die Bürgerblockführer bei Neuwahlen auf ihre Rechnung kommen. Es wird dann bei ihnen noch manche enttäuschten Gesichter geben.

Herriot und die Micumverträge.

„Der Zeitpunkt schlecht gewählt.“

Paris, 27. Juni. (WZ.) Die Fassung, in der Havas gestern die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Herriot wiedergegeben hat, ist mißverständlich in den Sätzen über den „Modus der Verhandlungen“. Nach dem gestern spät abends ausgegebenen Wortlaut der Erklärung hat Ministerpräsident Herriot von den Micumverträgen gesprochen. Die betreffende Stelle, die sich auf die Verhandlungen in Brüssel bezieht, hat folgenden Wortlaut:

„In keinem Augenblick und in keinem Punkt hat es zwischen uns die mindesten Schwierigkeiten gegeben. Der Beweis dafür ist die Tatsache, daß wir nachdem das Einverständnis über die in Chequers formulierten Grundzüge erzielt war, mit großer Beistimmtheit die eigentlichen französisch-belgischen Fragen zu regeln vermochten, insbesondere die dringliche Frage der Erneuerung der Verträge der Interalliierten Mission. Gemeinsam haben wir unseren Beamten gleichlautende Instruktionen gegeben, und von der deutschen Regierung war der Zeitpunkt schlecht gewählt, wenn sie einen neuen Verhandlungsmodus oder ein neues Regime anstreben wollte, während die Alliierten zum 16. Juli die Konferenz einzuberufen beabsichtigten, die die rasche Durchführung des Sachverständigenplanes ermöglichen soll. Die deutsche Regierung hat selbst ein Interesse daran, ihrerseits so schnell wie möglich die für die Ausführung des Sachverständigenplanes notwendigen gesetzgeberischen Bestimmungen zu schaffen.“

Der Wortlaut der Micum-Note.

Die von der französischen Regierung gestern der deutschen Botschaft in Paris übergebene Note des französischen Ministerpräsidenten, in welcher der deutsche Antrag auf Einleitung von Regierungsverhandlungen über die Ausführung der Reparationszahlungsverpflichtungen nach dem 1. Juli abgelehnt wird, hat folgenden Wortlaut:

„In Beantwortung der an die französische Regierung gerichteten Noten betreffend die Erneuerung der Micumverträge beehrt sich das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, der deutschen Botschaft mitzuteilen, daß mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Zusammentritt einer Konferenz über die Anwendung des Sachverständigenplanes es dem Ministerium nicht möglich erscheint, direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung anzubahnen. Im Hinblick auf den technischen Charakter dieser für die Erneuerung der Micumverträge notwendigen Verhandlungen glaubt das Ministerium überdies, daß sie mit den Vertretern der deutschen Industriellen geführt werden sollten.“

Die französischen und belgischen Delegierten in der Ruhr haben Instruktionen erhalten, allen Forderungen der deutschen Industriellen Rechnung zu tragen, die ihnen begründet erscheinen. (83. Herriot.)

Amerikas Teilnahme an der Konferenz.

Paris, 27. Juni. (WZ.) Das Communiqué, das von Weissen Haus in Sachen der Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Londoner Konferenz vom 16. Juli ausgegeben worden ist, hat nach dem „Reit Parisien“ folgenden Wortlaut: „Die amerikanische Regierung wünscht, daß der Dawes-Plan sobald wie möglich zur Ausführung gelangt, sie betrachtet diese Ausführung als eine wesentliche Vorbedingung und als den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Erholung der Länder, die für die Vereinigten Staaten von vitalem Interesse sind. In Beantwortung der vom Premierminister Macdonald erfolgten Einladung sind daher dem amerikanischen Botschafter in London, Kellogg, Instruktionen erteilt worden, der Londoner Juli-Konferenz beizuwohnen, damit er über die Interessen der Vereinigten Staaten beruhende Fragen verhandeln und seine Regierung über alles andere auf dem laufenden halten kann. Der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission, Logan, wird nach London gehen und den Botschafter bei seinen Arbeiten unterstützen.“

Amnestie vor dem Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet heute die sozialdemokratischen, kommunistischen und östlichen Anträge auf Gewährung der Straffreiheit für politische Straftaten. Genosse Dr. Rosenfeld betonte zu unserem Antrag:

Die politischen Gefangenen in Bayern warten jetzt schon mehr als fünf Jahre auf die Stunde ihrer Befreiung. Ihre schlechte Behandlung durch die bayerischen Behörden macht einen Eingriff des Reiches notwendig. Grundsätze der Humanität sollten auch für bayerische Gefangene gelten. Die mit Strafausschuß Entlassenen sind unter entwürdigende Bedingungen gestellt worden. Sie dürfen nicht einmal politisch hervortreten. Ein Beurteilter, der die Stelle des Sekretärs bei dem Arbeiterbildungsinstitut in Leipzig annahm, mußte erleben, daß deshalb die bedingte Begnadigung aufgehoben und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Amnestiiert müssen auch diejenigen werden, die im Jahre 1923 im Zusammenhang mit den damaligen Unruhen oder mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform verurteilt wurden. Die schweren Bestrafungen wegen Landfriedensbruch, die wegen solcher Delikte erfolgt sind, müssen aus der Welt geschafft werden. Man hat sogar Landfriedensbruch angenommen, als Arbeiter, empört über die Zurückhaltung von Lebensmitteln durch einen Grundbesitzer, auf dessen Felder zogen, um Weizen zu lesen, und dabei mit dem Grundbesitzer handgemein wurden. Vor allem müssen die wegen Landesverrat auf Grund einer viel zu weitgehenden Auslegung des Paragraphen Verurteilten amnestiiert werden. Fehrenbach muß endlich die Freiheit werden, die Prozesse gegen den „Vorwärts“, gegen Quide, Zeigner und andere sollten schleunigst eingestellt werden. Dem Rechtsgefühl des Volkes, verletzt durch zahlreiche Urteile, müsse durch umfassende politische Amnestie Rechnung getragen werden.

Hg. Kahl (D. Sp.) lehnte eine allgemeine Amnestie ab. Nur bezüglich der bayerischen politischen Gefangenen vom Jahre 1919 würden seine Freunde überlegen, ob sie dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen könnten, da diese Delikte als verjährt angesehen werden sollten. Eine allgemeine Amnestie darüber hinaus lehnte er ab und verwies auf den Weg der Einzigeingnadigung, besonders auch im Fall Fehrenbach. Der bayerische Bevollmächtigte, Herr v. Preger, erklärte, daß seine Regierung auf dem Standpunkt der Reichsregierung stehe, daß aus allgemeinen Gründen eine Amnestie nicht am Platze sei, da Amnestien des Rechtsgefühls des Volkes erschütterten. Von den bayerischen Gefangenen können nur noch 38, davon 23 im Zuchthaus, 2 im Gefängnis, 13 in der Festung. Einzelbegnadigung sei im weitesten Maße erfolgt. Im Fall Fehrenbach habe das bayerische Oberlandesgericht festgestellt, daß das Urteil des Volksgerichts kein Fehlurteil sei, ein Gnadengesuch Fehrenbachs würde geprüft werden. Im Fall Mühlham sei kein Grund, über mangelnde ärztliche Versorgung zu klagen, er sei zuletzt noch durch seinen eigenen Bruder und durch einen Herzspezialisten untersucht worden.

Wegen Beginn der Plenarsitzung wurde die weitere Beratung auf den dritten Tag vor dem Wiederzusammentreten des Reichstages vertagt.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen.

- Kommunisten, Rationale
Sihen sich im Reichstag fern,
Doch, ob anders auch die Schale,
Gleichen beide sich im Kern.
- Wie die Ratten nagen, beißen
Unter Pfeifen und Bequlet
Voll Begier, ihr umzureißen,
Sie am Bau der Republik.
- Immer helfen sie sich treulich,
Kämpfen stets in einer Front,
Hier die Schöpfe schwarzlich-bläulich,
Dort die Schädler orisch-blond.
- Laßt die Masken endlich sinken,
Hinter denen ihr euch bergt,
Ihr um Scholern auf der Linken,
Ihr zur Rechten neben Herzt!
- Fügt euch ein in einen Rahmen,
Kennt euch bei der nächsten Wahl
(Gratis laß' ich euch den Namen):
Kommunisten!
- Schwarzweißrot sei euer Wappen,
Ritten drin der Sowjetstern. —
Gleiche Brüder, gleiche Kappen,
Daß das Volk euch kennen fern!

Peter Michael

Sozialistische Kulturwoche in Leipzig.

Die sozialistische Bildungs- und Kulturarbeit dieses Jahres wird in der sozialistischen Kulturwoche gipfeln, die der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gemeinsam mit dem Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut in der Zeit vom 2. bis 6. August in Leipzig veranstaltet wird. Die Tagung soll einen umfassenden Ueberblick über alle sozialistischen Kulturbestrebungen und durch Vorträge, Konferenzen, Ausstellungen und künstlerische Darbietungen mannigfache Anregungen für den weiteren Ausbau sozialistischer Kulturarbeit bieten. Zugleich wird eine stärkere Zusammenfassung aller kulturell wirksamen Kräfte und Organisationen innerhalb der Arbeiterklasse angestrebt, und deshalb sollen gleichartige Veranstaltungen wie diese Kulturwoche in den folgenden Jahren auch in anderen deutschen Städten stattfinden. Einbezogen in die Leipziger Kulturwoche sind Reichstagungen der Arbeiterbildungsausschüsse der Rinderfreunde, der sozialistischen Studenten, der sozialdemokratischen Lehrer, ferner ein mitteldeutscher Jugendtag und das Leipziger Gewerkschaftsfest am Sonntag, den 3. August,

auf dem eine große Demonstration für den Sozialismus als Kulturziel und die Aufführung eines Waffenspiels im Freien stattfinden soll.

Die Leipziger Kulturwoche wird am Sonnabend, den 2. August, normittags 9 Uhr, durch die Reichstagung der „Rinderfreunde“ eröffnet, der dann abends um 1/8 Uhr die Begrüßungsfeier im großen Saal des Volkshauses, ausgeführt von der sozialistischen Arbeiterjugend Leipzigs, folgen wird. In den folgenden Tagen finden dann die Konferenzen der verschiedenen Organisationen und die allgemeine sozialistische Kulturkonferenz statt, für die u. a. Referate von Heinrich Schulz („Ziel und Inhalt sozialistischer Kulturarbeit“), Dr. Bohmann („Das öffentliche Bildungswesen von Staat und Gemeinde“), Engelbert Graf („Die wissenschaftliche Arbeit des Sozialismus“) und Prof. Leo Kestenberg („Sozialismus und Kunst“) vorgesehen sind. In einer öffentlichen Kundgebung am Montagabend in der Albertshalle werden Paul Böbe, Reichsjustizminister a. D. Kabbroch und Clara Bohm-Schuch sprechen. In der Albertshalle werden auch eine Morgenfeier der Jugend und zwei Aufführungen der „Wandlung“ von Ernst Toller im Beisein des Dichters, der im Juli seine Festungshaft beendet haben wird, stattfinden. Bei der Schlussfeier am Mittwochabend wird der Leipziger Volkschor in der Albertshalle das große Chorwerk „Samson“ von Händel aufführen. Schließlich werden mit der Kulturwoche auch eine Ausstellung sozialistischer Literatur, eine Buch- und Kunstausstellung und Führung durch die Museen und Bauten der Stadt verbunden.

Die Teilnehmerkarte für die Kulturwoche kostet nur eine Mark. Für billige Unterbringung werden die Leipziger Genossen sorgen. Anfragen wegen Teilnehmerkarten, Unterkunft und sonstiger Auskünfte sind an das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, Braulstr. 17, zu richten. In Anbetracht der günstigen Sommerzeit dieser Tagung und der Billigkeit, Reichhaltigkeit und Gediegenheit der in Aussicht stehenden Veranstaltungen ist der sozialistischen Kulturwoche in Leipzig ein zahlreicher Besuch und reicher Erfolg zu wünschen, der ein imponantes Zeugnis vom starken Kulturwillen der Arbeiterklasse ablegt.

Große Volksober: „Fra Diavolo“. Obgleich diese Oper Berlins die allergrößte Not hat, arbeitet sie. Obgleich die Künstler mit Bierkriegsgeld abgefertigt werden müssen, geben sie sich neuen Aufgaben mit Fleiß hin. Überhand hochachtung! Werden die Arbeiter es den Arbeitnehmern in besseren Tagen einmal lohnen? Wir wollen daran erinnern, wenn es Zeit ist. Im „Fra Diavolo“ blieb dieses beim guten Willen, vieles blieb Orchester und Solfestab dem Hörer — man verzeihe das ominöse Wort — schuldig. Fröhlich wird dirigiert: gewislich und bedeutungsvoll und mit breiten Tempi, also ganz gegen die Absichten dieser prächtigen komischen Oper. Das Kabinettstück, die Ouvertüre, verpuffte, zumal der Roman akustisch auch einem besessenen Geigenton eines Einzelnen nicht günstig ist. Den Ränderhauptmann-Kavalier muß ein heroischerer Schauspieler singen. Wo findet man den Tenor, der die Selbstbiographie Diavolos im 3. Akt zugleich mit Leben erfüllen und gesanglich hant gestalten kann? Alfred Ernesti ist von beidem nur die Hälfte.

Seine Stimme ist entwicklungsunfähig in dem Augenblick, da die Höhe weniger gepreht wird. Auch die Berlin hat eine solche große Szene im Mittelakt. Anni Frind mit ihrer sympathischen, weichen Stimme ist gleichfalls spielerisch noch unperfekt. Man merkt ihr noch an, wie sie gut lüchelt hat. Anderen, wie dem hübschen Soubrette Saubis und der Pamela der Frau Schloßhauer sieht man an, wie sie in Humor machen wollen. Und der Lorenzo Wilhelmstys ist gar zu feuerstöpfig. Komische Oper? Wilhelm Guitmann als reisender Engländer und Albert Reich als Beppo sind am besten aus sich heraus grotesk-humoristisch. Aber vielleicht hat das ganze Ensemble nicht rechten Grund zu lachen. Und so wollen auch wir unsere Bedenken sommerlich halbieren. A. S.

Der Ausschuß des Deutschen Friedenspreises trat zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Ausgeschrieben ist bekanntlich auf Grund einer Stiftung von Edward A. Filene in Boston ein erster Preis von 5000 Dollar und 32 weitere Preise in einem Gesamtbetrag von gleicher Höhe für die Verfasser der besten Arbeiten über die Frage: „Wie kann Frieden und Gedeihen für Deutschland und Europa durch internationale Zusammenarbeit gefördert werden.“ Der Ausschuß beschloß, an dem festgesetzten Termin für die letzte Abfertigung von Bewerbungsarbeiten, dem 20. Juli 1924, freizuhalten. Alle Anfragen über die Bedingungen und sonstige Einzelheiten sind an das Sekretariat in Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 36a 1, zu richten. Der Ausschuß stellt ferner fest, daß zu dem Wettbewerb nur Reichsdeutsche zugelassen werden können. Auf Grund von Anträgen bestätigt er endlich, daß der Inhalt nicht preisgekrönter Arbeiten Eigentum der Verfasser bleibt, die eingeladenen Exemplare jedoch nicht zurückgegeben werden können. Die Wahl der Preisträger hatte folgendes Ergebnis: Reichstagsabgeordneter Dr. Brotschneider-Berlin, Prof. Dr. Harms-Riel, General a. D. Graf Königsdorff-Berlin, Frau Antonie Wüll-München, Reichstagsabgeordneter Freiher von Rheinbaben-Berlin, Reichsgerichtspräsident Dr. Simon-Lepzig, Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Dr. Ewald-Berlin, Prof. Dr. Dürcke-München, Frau Ministerialrat Weber-Berlin.

Amundsen Expedition aufgeschoben. Die aus Grönland abgedet wird, teilt Amundsen heute mit, daß die Nordpol-Expedition bis auf weiteres aufgeschoben sei, da er nicht genügend ökonomische Unterstützung gefunden habe.

Das Staatliche Museum für Völkertunde (Anlagenstr. 120) wird vom 1. Juli ab auf längere Zeit für den Besuch geschlossen. Dagegen bleiben die im ehemaligen Kunstgewerbe-Museum (Pring-Allee-Str. 7) untergebrachten Abteilungen für Völkertunde und Ethnographische Kunst, sowie die Sammlung für deutsche Volkskunde (Rosenstraße 33) weiterhin geöffnet.

Zeitungsstunde an der Universität Berlin. Der preussische Kultusminister hat dem Rektor der Universität Berlin die Zeitungsstunde, Dr. Martin W. o. h. r. einen Lehrauftrag für Sozialpolitik und Geschichte des Zeitungswesens an der philosophischen Fakultät der Berliner Universität erteilt.

Jadie Coogan pilgert ins „heilige Land“. Der berühmte kleine Amerikaner Judie Coogan wird im September nach Europa kommen und zuerst Fußball in England nehmen. Er beabsichtigt, später das heilige Land zu besuchen.

Dom „Vermittler“ zum Scharfmacher.

Eigenartige Rolle des belgischen Premierministers Theunis

Die auswärtige Politik der belgischen Regierung ist seit dem Austritt unserer Genossen aus der Regierungskoalition im Frühjahr 1921 niemals klar und konsequent gewesen. Jedesmal, wenn die französisch-englische Entente infolge der nationalistischen Ueberbarmung des Poincaré-Kurses in die Brüche zu gehen drohte, sprang die belgische Regierung im letzten Augenblick als „Vermittler“ ein, schlug eine Kompromißformel vor, auf der man sich schließlich einigte. Meistens bestand allerdings die „Vermittler“-Rolle Belgiens darin, daß es die abfälligen übertriebenen Forderungen Frankreichs etwas herunterdrückte und tröstete dieses „Erfolges“ England zu noch viel größeren Zugeständnissen an den französischen Standpunkt veranlaßte. Oft hatte man den Eindruck eines abgekarteten Spieles zwischen der Pariser und der Brüsseler Regierung, die durch ein solches Zusammenwirken die Engländer diplomatisch zu überrumpeln bestrebt waren. Als es jedoch infolge der Ruhrbesetzung zum Bruch der Entente kam, da stellte sich Belgien auf die Seite Frankreichs, was gerade in England besonders bitter empfunden wurde.

Indessen machte die Regierung Theunis gar kein Geheimnis daraus, daß sie nur aus alter Sympathie für Frankreich diesen Sprung ins Dunkle mitmachte und daß es das ganze Unternehmen für einen Fehler hielt. Belgien war in der ganzen Zeit der Ruhrbesetzung der wunde Punkt der französischen Politik, zumal man in Paris wußte, daß Theunis mit einer wachsenden Opposition der Sozialisten und auch der Flamen rechnen mußte. Die französische Vormundschaft wurde mit wachsender Besorgnis von immer größeren Teilen des belgischen Volkes empfunden, und dies führte sogar zu Beginn dieses Jahres anlässlich der Beratung des franco-belgischen Handelsvertrages zu einem Sturz und einer Neubildung der Regierung Theunis.

Um so eigenartiger mutet die Haltung an, die Belgien gerade jetzt einnimmt, wo die englisch-französische Annäherung dank des neuen demokratischen Kurses in England und Frankreich wieder vollzogen ist. Man müßte ja annehmen, daß gerade Belgien diese Wiederherstellung der Entente begrüßen und fördern würde. Aber es stellte sich im Gegenteil heraus, daß die Brüsseler Regierungskreise über die Ergebnisse der Zusammenkunft von Herriot und Macdonald in Chequers gar nicht entzückt waren, und aus dem Kommuniqué über die Aussprache zwischen Herriot und Theunis in Brüssel geht zwischen den Zeilen hervor, daß die Einigung zwischen Frankreich und Belgien neuen Schwierigkeiten begegnet, die zwischen Frankreich und England nicht bestehen. Dieser Eindruck wurde durch die übereinstimmenden Kommentare der Pariser Presse verstärkt. Und die Gewißheit, daß hier etwas nicht in Ordnung ist, gewann man gestern aus den Erklärungen, die Theunis dem Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, abgegeben hat. Man fragt sich zunächst erstaunt, ob es Zufall oder Absicht ist, daß der belgische Ministerpräsident gerade das Pariser Blatt benutzte, das noch jetzt zu den eifrigsten Vorläufern der Politik Poincarés gehört, und den Berichterstatter empfing, der erst vor wenigen Tagen als ein besonders intimer Vertrauensmann von Millerand in den Vordergrund getreten ist. Man müßte beinahe annehmen, daß in dieser Wahl eine gewisse Unfreundlichkeit gegen Herriot liegt. Vor allem aber ist der Inhalt der Erklärungen von Theunis sehr eigenartig. In der allgemeinen Atmosphäre von Versöhnung und Entspannung, die sich über Europa nach der Zusammenkunft von Chequers gebildet hatte, die zweifellos dem ehrlichen Friedenswillen von Macdonald und Herriot entspricht und deren günstige Rückwirkungen sich bereits in Deutschland deutlich fühlen lassen, wirken die in Ton und Inhalt geradezu scharfmacherischen Erklärungen von Theunis wie eine absichtliche Durchkreuzung der englisch-französischen Befriedigungsarbeit.

Daß Theunis, der im Vergleich zu Poincaré als ein Gemäßigter galt und daher zwischen ihm und Baldwin als „Vermittler“ wirken konnte, im Vergleich sowohl zu Herriot wie zu Macdonald, die keinen solchen „Vermittler“ mehr brauchen, als ein Gewaltpolitiker erscheint, ist nicht weiter verwunderlich. Unklar ist aber vor allem, welches Interesse Belgien an einer Verhinderung der europäischen Entspannung haben sollte. Umgekehrt, gerade Belgien hätte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht besonders für die Zukunft das stärkste Nationalinteresse an einer französisch-englisch-deutschen Verständigung.

Die einzige plausible Erklärung für Theunis' eigenartiges Verhalten kann nur innerpolitischer Art sein: ist die Lage der Kompromißregierung Theunis von Anfang an prekär gewesen, so ist sie seit dem Regierungswechsel in Frankreich infolge des Uebergreifens der demokratischen Welle auf die belgischen Volksmassen geradezu kritisch geworden. Sollte am Ende Theunis, um der Gefahr eines Sturzes vorzubeugen, es darauf abgesehen haben, durch seine Scharfmacherischen Herriots Stellung in Frankreich zu erschweren, eine Regierungskrise in Frankreich zu provozieren? Hat er etwa seine Hoffnungen auf eine Wiederkehr des Nationalen Blochs in Frankreich gesetzt und zu diesem Zweck das Sprachrohr Poincarés und Millerands in demonstrativer Weise verwendet? Das sind Fragen, die nicht nur unsere belgischen Genossen, sondern die gesamte europäische Demokratie auf das höchste berühren.

Die Opposition gegen Mussolini.

Rom, 27. Juni. (E.F.) Die heutige Versammlung der Oppositionsparteien wird unter dem Vorsitz von Turati stehen, dem Präsidenten der Einheitssozialisten. Es wurde bereits eine gemeinsame Entschliessung vereinbart, die die Popolari als die stärkste Oppositionsgruppe einbringen werde. Der genaue Wortlaut steht noch nicht fest. Der erste Teil wird erklären, die Ermordung Matteottis bilde den Höhepunkt einer durch ein System der Gewalttaten geschaffenen Lage. Dann wird die Opposition die unabdingbare Lösung aller Parteien und die Abschaffung jeder Parteimitgliedschaft fordern, damit die öffentliche Ordnung und der Schutz des Landes ausschließlich dem ruhmvollen Heere und den Parteiorganen anvertraut werde. Durch die bisherige Stellungnahme sei die Lage nicht verändert und seien die Ursachen nicht behoben worden, die das Fortbleiben der oppositionellen Abgeordneten von den Kammerarbeiten verursache. Es heißt auch, die Regierung habe bei der katholischen Volkspartei Schritte unternommen, damit sie sich verfühlicher zeige. Sie habe dieser Partei unter der Hand sogar ein Parteiprogramm angeboten.

Rom, 26. Juni. (E.F.) Die Regierung sieht sich veranlaßt, einen Gesandten zu entsenden, wonach die Abgeordneten gezwungen werden, ihr Mandat regelmäßig auszuüben.

Berlin von oben.

Es ist wahrlich kein Vergnügen, die 380 Stufen hinaufzuklettern. Aber um so größer ist die Ueberschau, wenn man dann auf der Plattform des Rathauses steht und das übermächtige Bild der Riesenschicht Berlin empfängt. Es ist nur die eigentliche Stadt, die das Auge ergreift; seit der Schöpfung Groß-Berlins hat sich die Bodenschicht so ausgedehnt, daß auch zwei Rathäuser, aufeinander gestellt, nicht ausreichen würden, um Berlin ganz zu sehen. Immerhin kann man bei einigermaßen klarem Wetter die Mägdeberge und den Wilhelmsturm auf den Grunewaldbergen deutlich erkennen. Emsig umtrabbeln Menschen, Tiere und Gefährte das Rathaus in der Nähe und Spandauer Straße. Die Bogen der Elektrizität erscheinen so zierlich, daß man ganz ausnahmsweise einmal seine Freude daran haben kann. Eindrucksvoll bahnt sich die alte Triumphstraße a. D., die Linden, ihren Weg zum Brandenburger Tor, ihre Fortsetzung durch den Tiergarten, der in respektabler Ausdehnung das liegt, deutlich markierend, um sich dann als Bismarckstraße und Kaiserdammer weiter verfolgen zu lassen. In der entgegengesetzten Richtung kommt das Silberband der Spree von Treptow her in die Stadt und entschwindet beim ehemaligen Schloß dem Beschauer. Daneben zieht die Stadtbahn ihren Weg. Wie winzige Wellblechhütten erscheinen der Schließbahn und der neue Friedrichsbahnhof. Man erkennt deutlich das neue Bureauhaus des ADGB an der Inselbrücke; man sieht den Riefenbau des Stadthauses, daneben die alte Klosterstraße und die Parochialstraße, deren Stundenlokalen kristallklar zu uns hinaufklingt. Und als ob die Uhr des Rathauses nicht wäre, löst sie plötzlich von der großen Glase die Zeit an. Man fährt erschrocken zusammen und kann sich gar nicht denken, daß es trotz dieses Riefenläutes so viele Menschen in Berlin gibt, die nicht wissen, was die Stunde geschlagen hat. Im Geiste verfährt man sich in die Zeit zurück, als ein Glöckchen ausreichte, um allen Bewohnern der Stadt heitere und ernste Stunden anzudeuten, in die Zeit, wo Berlin am Brandenburger Tor im Westen, am Frankfurter Tor im Osten aufhörte, und wo nach Süden das Hallische Tor und im Norden das Rosenhale-, Prenzlauer- und Königstor die Stadtgrenze bildeten. Wäre damals, vor vielleicht hundert Jahren, das Wahrscheilens Berlin, der vieredrige, rote Rathauerturm, schon auf dem Posten gewesen, so hätte man Berlin mit seinen anderthalbhunderttausend Einwohnern recht gut mit einem Blick übersehen können. Gewiß hätten damals nicht Hunderte von Fabriksteinen durch ihre schwarzen Luftströme das Gesichtsfeld behindert, wie es heute der Fall ist, nachdem Berlin auch Industriestadt geworden ist. Die Leute von ehemals konnten frische Luft in der Stadt atmen; heute haben wir — Berliner Luft.

Auto-Razzia auf der Ams.

Auf der Automobilverkehrs- und Uebungsstraße (Ams) im Grunewald, auf der zurzeit für die am Sonntag stattfindenden Autorennen eifrig trainiert wird, gab es in den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages für so manchen Automobilbesitzer eine unliebsame Ueberschau. Etwa um 5 Uhr nachmittags, zu der Zeit, als gewöhnlich der stärkste Verkehr hauptsächlich in der Richtung Berlin-Wannsee einfließt, erschienen plötzlich sowohl am Nord- wie am Südeingang der Ams Beamte des Zollgrenzkontrollamts Berlin-Brandenburg, die sich lebhaft für alle ein- und ausfahrenden Automobile und Motorräder mit ausländischen Fabrikmarken interessierten. In zahlreichen Fällen wurden sowohl Kraftwagen wie Motorräder angehalten und die Papiere einer eingehenden Prüfung daraufhin unterzogen, ob die betreffende Maschine bei ihrer Einfuhr nach Deutschland auch ordnungsmäßig verpöllt worden ist. Wie wir noch von zuständiger Seite erfahren, hat der außerordentlich stark gestiegene Verkehr mit Wagen ausländischer Fabrikate, der weit über das einzige Einfuhrkontingent zugestandene Kontingent hinausgeht, zu dieser Maßnahme Anlaß gegeben, da der Staat durch dieser Automobilmuggel erheblich geschädigt wird. Die Wagen kommen aus dem Ausland ohne jede Kontrolle ins besetzte Gebiet, erhalten dort ihre deutschen Nummernbezeichnungen und gehen dann meistens über Köln oder Frankfurt nach dem unbesetzten Gebiet, wo dann einfach die Umschreibung der im Rheinland gültigen Nummern beantragt wird, hauptsächlich werden Automobile und Motorräder englischer, französischer und belgischer Ursprungs auf diesem Wege eingeschmuggelt, während amerikanische und italienische Fabrikate meist auf ordnungsmäßigem Wege nach Deutschland hereinkommen.

Diebesgefiudel.

Durch ein niederträchtiges Komplott einer offenbar gewerbmäßig arbeitenden Einbrecherbande geriet der bisher völlig unbefohlene Inhaber eines Motorradgeschäftes in Friedenau, Hermann Behm, in Untersuchungshaft und unter die Anklage eines Einbruchsdiebstahls. Auf ein Inserat in einer Zeitung, nach dem eine BMW-Maschine gesucht wurde, hatte Behm sich mit einem Angebot gemeldet. Er erhielt darauf den Besuch einer Anzahl von „Käufern“, die aber in der Hauptsache aus Kriminalbeamten bestanden. Diese suchten in Begleitung eines Geschädigten, der die Annonce selbst zur Ermittlung der Diebe eines ihm gestohlenen Motorrades in die Zeitung gesetzt hatte, in Behm den Einbrecher. Es war nämlich in Friedenau das gestohlene Motorrad mit einem gewissen Heller auf der Straße angehalten worden. Heller, der die Beamten bei ihrem Besuch im Laden des Behm begleitet hatte, soll nach Darstellung des Behm in raffinierter Weise einen Hebel des gestohlenen Rades in das Werkzeuglager des Behm hineingeschmuggelt haben. Heller behauptete, daß er das Rad von Behm gekauft hat. Behm dagegen beteuerte von Anfang an verzweifelt seine Unschuld. Er wurde aber auch von einem Zeugen Hahn als der Verkäufer des gestohlenen Rades auf das schwerste belastet. Auf Veranlassung von Rechtsanwalt Dr. Ahrens forderte das Gericht nicht nur die Vorstrafen des wegen Hehlerei angeklagten Heller, sondern auch die des Belastungszeugen Hahn ein. Es ergab sich die überraschende Tatsache, daß beide, insbesondere aber Hahn, schon mehrfach vorbestraft waren. Er war auch mit Heller in eine ähnlich liegende Diebesgeschichte verwickelt. Rechtsanwalt Dr. Ahrens wies in der Beweisaufnahme darauf hin, daß offenbar Heller und Hahn selbst die Einbrecher seien, denen es darauf angekommen sei, um sich selbst zu entlasten, den Behm als Einbrecher zu verdinglichen und als Verkäufer des Rades hinzustellen. Der Angeklagte führte einen tadellosen Alibibeweis, indem er durch zahlreiche Zeugen nachwies, daß er zu der Zeit der Tat nicht am Tatort gewesen sein könne, sondern daß er sich mit einem Motorrade auf der Fahrt von Potsdam nach Steglitz befunden habe. Entsprechend dem Antrage von Rechtsanwalt Dr. Ahrens wurde Behm auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Heller hingegen wurde wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Sportvorführungen der Schwab.

Auf dem Sportplatz am Bahnhof Tiergarten zeigte gestern nachmittags die Berliner Polizei, was „Sport“ im sportlichen Gebiete zu leisten vermag, und es muß nicht anders anerkannt werden, daß die „Grünen“ durch ernstes und eifriges Training vorzügliches leisten. Selbstverständlich darf man dabei nicht sportliches Maßstab im allgemeinen anlegen, sondern muß immer bedenken, daß es sich hier um einen gewissermaßen speziellen Sport handelt, angepaßt und zugeschnitten auf die Bedürfnisse und für die körperliche Verfassung der Polizei. Diesen Gedanken gab auch der Bürgermeister Böck Ausdruck, der in einer Ansprache auf die Bedeutung des Sports für die Polizei hinwies. Man sah gestern u. a. Handgranatenwerfen, Hindernislaufen und Mannschaftsreiten. Im Weithochsprung hielt Knäbe vor Kunz und Andrich. Im Langschießen wurde die Gruppe Mitte Sieger, in der Schwedentafel Spandau. Im 3000-Meter-Mannschaftsläufen besiegte die Gruppe Friedrichshain den ersten Platz vor den Abteilungen Char-

lottenburg und Kreuzberg. Im Mannschafts-Handgranatenwerfen über 200 Meter siegte Tiergarten.

Wilhelm von Keudell.

Der Sohn des „Oberhofzeremonienmeisters“.

Der Sohn eines Offiziers von altem Adel, der Leutnant a. D. Wilhelm von Keudell, erschien heute wieder einmal vor Gericht. Er wurde der großen Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt, da er gegen das Urteil des Schöffengerichts Charlottenburg, das ihn wegen fünf schweren Einbruchsdiebstahle zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hatte, Berufung eingelegt hat.

Vor Eingehen in die Verhandlung legte Landgerichtsdirektor Siegert dem Angeklagten v. Keudell in väterlich mahrender Weise nahe, ein reumütiges Geständnis abzugeben, denn er werde ja noch wegen gleichartiger Straftatungen von den Landgerichten Kassel, Heidelberg, Dresden und Berlin I verfolgt. Er könne erleben, daß er noch jahrelang durch ganz Deutschland geschleift würde. Anders wäre es, wenn er sich zu seinen Taten bekennen würde, dann wäre die Möglichkeit gegeben, daß in Berlin alles zusammen abgeurteilt und eine Gesamtstrafe gebildet werden kann. Dann könnte der Richter auch in Erwägung ziehen, ihn an Stelle seines jetzigen Vormunds, des Geheimen Oberregierungsrats v. Keudell, des Bruders seines Vaters, einen anderen Vormund zu geben, der ihm die Grundlage für sein künftiges besseres Leben schaffe. Rechtsanwalt Dr. Frey erwiderte darauf, daß er in diesem Sinne auch bereits mit dem Angeklagten gesprochen habe. Der Angeklagte beschränkte seine Berufung auch nur auf das Strafmaß. Der Mitbeschuldigte des Angeklagten, Bürger, habe, obwohl er vielfach vorbestraft und gewerblustiger Einbrecher sei, fast dieselbe Strafe bekommen, so daß das Urteil gegen den jetzigen Angeklagten nicht gerecht erscheine. Außerdem seien auch die Urteilsgründe von irrigen Voraussetzungen ausgegangen. Das Gericht verzichtete auf die Sachverständigen und Zeugen und Landgerichtsdirektor Siegert ließ dem Angeklagten einen Abriss seines Lebenslaufes geben. Der Angeklagte, ein blasser, unterernährter Mensch, kann nur stottern und unzulammenhängend sprechen. Biesch erinnert er sich der nächstliegenden Dinge nicht mehr. Wilhelm v. Keudell ist 1888 als Sohn des Oberhofzeremonienmeisters des früheren Kaisers in Berlin geboren. Er kam zur Marine, mußte dort aber wegen dummer Streiche den Abschied nehmen und wurde bei der Armee untergebracht, wo er nach dem Kriege mit Ach und Krach zum Leutnant befördert wurde. Nach dem Waisentum der Mutter hat er von Jugend auf moralische und geistige Entartung gezeigt. Im Jahre 1920 wurde er beurlaubt, um das Abiturientenexamen nachzumachen. Er ist dann aber in Berlin in Spiel- und Verbrechenkreisen geraten und schamlos geworden. Unter dem Einfluß des Bürger hat er dann in Berlin fünf verschiedene Einbrüche verübt.

Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einer Verurteilung der Berufung. Landgerichtsdirektor Siegert führte in den Urteilsgründen aus, daß der Angeklagte offenbar erblich belastet und geistig minderwertig sei, aber er habe die Verbrechen mit großem Raffinement ausgeführt, so daß er von einer verbrecherischen Reizung verfolgt sei. Die Familie von Keudell hat alles getan, was in ihrer Macht stand. Schon unter der strengenucht der Marine hat er sich verhalten begangen. Er ist von Stufe zu Stufe gesunken und schließlich zum Verbrecher geworden. Er hat sehr schwere Verbrechen begangen und wird wegen weiterer schwerer Verbrechen von mindestens fünf Stellen verfolgt. Der Vorderrichter hat ihm schon Weide gezeigt, denn er hätte mit Zuchthaus bestraft werden müssen. Die vom Vorderrichter erkannte Strafe von zwei Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von 13 Monaten Untersuchungshaft, war sehr mild. Das Gericht hatte keinen Anlaß, diese Strafe noch herabzusetzen. Der Angeklagte v. Keudell verzichtete auf weitere Rechtsmittel und trat die Strafe sofort an.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Noch ein Autounfall auf der Ams. Beim Training auf der Ams zum Kilmotorenrennen ereignete sich gestern noch ein zweiter schwerer Unfall. Ein Plutowagen, der von dem Fahrer Köhler gesteuert wurde, fuhr mit 110 Kilometer Geschwindigkeit infolge Schleuderns durch die Barriere an der Nordkurve. Glücklicherweise trug der Fahrer nur leichte Verletzungen davon und konnte von den dort anwesenden Sanitätern verbunden werden.

Von einem Wäfling angefallen wurde gestern Abend in Wilhelmstr. eine Kontoristin aus Rosenthal, als sie mit ihrem Hunde spazieren ging. Ein Mann von etwa 35 Jahren sprang plötzlich an sie heran und riß sie zu Boden. Als die Ueberfallene ihren Hund auf ihn deutete, lachte er sich seiner mit einem scharfartigen Werkzeug zu erwehren. Hierbei trat er auch die Ueberfallene und schlug ihr ein Stück Kopfhaut mit einem Büffelhaare ab. Zum Glück ließ der Hund nicht locker. Er schlug den Unhold in die Flucht und verfolgte ihn noch ein Stück Weges, bis er in den Wald hinein entkam. Die Polizei, die erst benachrichtigt wurde, nachdem die Ueberfallene zuvor nach Hause gegangen war, fand von ihm natürlich keine Spur mehr.

Die Bergwerkskatastrophe im Hart.

30 Tote.

Zu dem Bergwerksunglück im Hart bei Gloggnitz wird noch gemeldet: Heute früh war eine Schicht von 70 Mann eingeschifft. Von diesen konnten sich 40 rechtzeitig vor der Explosion retten, 30 Mann sind tot. 11 Tote wurden bereits aus dem Schacht gebracht, 11 liegen im Bergwerk vor der Förderschale zum Abtransport bereit, 8 Tote sind noch nicht geborgen. Das Unglück geschah dadurch, daß ein abgebautes brennendes Flöz niedergebörten ist und die Gase in die Stollen drangen, wo die Bergleute arbeiteten. Unter den vor der Unglücksstelle wartenden Verwandten der Vermissten spielten sich herzzerreißende Szenen ab. — Mehrere dieser geliebten Brautköpfe des Berges, aus denen ein Brand mülkte, mußten immer wieder durch Feuermauern abgedeckt werden. Der Brand, der trotzdem wiederholt kleinere Explosionsfälle verursacht hat, ist auch die Ursache des gestrigen Unglücks. Die Feuermauer sollte nämlich zur Reparatur einer Abzweigung eingegraben werden, aber kaum hatte man eine Öffnung geschaffen, als mit großer Gewalt Kohlenoxydgase ausströmten. Die in der Nähe Beschäftigten fielen sofort den giftigen Gasen zum Opfer; herauskommende Retter erzählten, daß die verunglückten Bergarbeiter übereinander lagen, und daß viele offenbar nach wenigen Schritten betäubt zusammenbrachen.

Motorbootunglück auf der Donau. In der Nähe von Wim kenterte ein mit zwei Personen besetztes Motorboot auf der Donau. Ein verheirateter Kaufmann konnte sich noch aus den Fluten retten, bogegen ist der zweite Insasse von der Strömung erfasst worden und ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

101. und 102. Mt. Wählungsaufruf Erzbischof-Baumgartenweg. Freitag, 27. 6., abends 8 Uhr. 2. Beratung wissenschaftlicher Fragen in der Arbeiterbewegung: 1. Eine Wanderung nach England, das Mittel und die Schicksale Schwab (9. Teil). 2. Was das Auge nicht sieht (Wanderer der Welt). 3. 2. Mt. und die wilden Weiden (Schwarzwald). Eintritt 30 Pf. Nachmittags, 8 Uhr. Vorbereitung für Kinder, Eintritt 15 Pf. Jungesellinnen. Heute 7 1/2 Uhr. Arbeitervereinsversammlung. 7/30. 8. 2. Wählungsaufruf 7 Uhr. Arbeitervereinsversammlung.

Jugendveranstaltungen.

Die Freitag-Redaktionsgemeinschaft im Jugendheim, Lindenstr. 8, hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. Regelmäßiges Erscheinen der Teilnehmer zu der heute abend 7 1/2 Uhr stattfindenden Zusammenkunft wird erwartet.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Schmaroherpflanzen. „Industriegruppen Bergbau und Metall.“

Die „Union“ hat irgendwo in der Zeit vom 15. bis 22. Juni einen sogenannten Reichstagskongress abgehalten, der — wie die „Rote Fahne“ heute morgen berichtet — was Inhalt und Behandlung der aktuellen Gewerkschaftsfragen wirtschaftlicher und politischer Natur anbetraf, turnusmäßig über gleichen Lagungen der Reformisten und Arbeitsgemeinschaften stand. Selbstverständlich — bei der Gewohnheit der Kommunisten, stets den Mund recht voll zu nehmen.

„Ohne große Erschütterungen hat die Union alle jene gegenseitlichen Elemente abgelöst.“ Nicht die Union, sondern die K.P.D., die zwar für sich das Recht in Anspruch nimmt, gegenseitliche Elemente abzulösen, dafür aber um so größeren Lärm schlägt, wenn die Gewerkschaften „gegenseitliche Elemente“ abstoßen.

Der Bericht fährt fort: „Die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die abgeschlossenen Kiestämpfe der Bergarbeiter, zeigten, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt das Festhalten an der Einheitsorganisation zur Schwächung der revolutionären Kampfstrategie führen muß. Die Entwicklung drängt mit Notwendigkeit zur Bildung von Industriegruppen.“ Daß die Form der Berufsverbände überlebt ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Der Kongress stand geschlossen auf dem Boden der Schaffung von Industriegruppen und begründete, einschließlich auch der alten Opposition, den Vorschlag der Zentrale, den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun und die Bildung von Industriegruppen im Rahmen der Union zu beginnen. Die ersten Anläufe, die auf den anderen Kongressen in dieser Richtung gemacht wurden, aber infolge der inneren Widersprüche nicht zur Durchführung gelangten, dienen auch dem diesjährigen Kongress zur Unterlage, um den Umbau der Organisation schnellstens zu bewerkstelligen. Nach der Vorlage der Zentrale, welche vom Kongress einstimmig gutgeheißen wurde, erfolgte die Trennung der Industriegruppen, und zwar in Bergbau und Metall. Innerhalb des Rahmens der Gesamtorganisation erhalten beide Industriegruppen eine selbständige Zeitung, Presse usw. Die Industriegruppe Bergbau soll zu der ausschlaggebenden Organisation der deutschen Bergarbeiter gemacht werden. Um dies zu ermöglichen, wurde die Durchorganisation von Grund auf festgelegt und die notwendigen Maßnahmen beschlossen. Im engsten Kontakt mit den oppositionellen Gewerkschaften im B.M.B. wird die Union, Gruppe Bergbau, ihre Arbeiten zur Gewinnung der breitesten Massen der Bergarbeiter, zur Erfassung der Unorganisierten in Angriff nehmen.

Alle Maßnahmen in organisatorischer und politischer Beziehung, die von dem Kongress beschlossen wurden, haben als Richtschnur die Schaffung einer revolutionären, allumfassenden, kampfstrengigen Bergarbeiterorganisation.

Der organisatorische Aufbau der Industriegruppe Metall wird in gleicher Linie durchgeführt. Die Industriegruppe Metall hat als ihre Hauptaufgabe zu betrachten die Zusammenfassung aller derjenigen Gruppen und Mitglieder, die von der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie aus den Verbänden ausgeschlossen sind, zu ermöglichen. Sie soll in Gemeinschaft mit der Opposition im Metallarbeiterverband darauf hinwirken, daß die ausgeschiedenen Metallarbeiter wieder dem Metallarbeiterverband zugeführt werden, um den oppositionellen Block zu stärken. Im Gegensatz zur Gruppe Bergbau, die nur Bergarbeiter umfassen wird, werden der Metallgruppe angegliedert alle diejenigen Organisationsglieder, für die revolutionäre, dem Reichsarbeitsausschuß angehörende Verbände nicht vorhanden sind.

Es ist hier nicht der Platz, im einzelnen auf die kommunistischen Unionspläne einzugehen. Bemerkenswert ist die angegebene Taktik. Die „Union“ als „Einheitsorganisation“ müßte eigentlich das Ideal der kommunistischen Organisationsform darstellen. Diese Einheitsorganisation soll jetzt dezentralisiert werden in zwei Industriegruppen: Bergbau und Metall. Für den Bergbau soll eine besondere Organisation geschaffen werden, gegen den Deutschen Bergarbeiterverband und unter Mitwirkung der „oppositionellen“ Mitglieder im Bergarbeiterverband.

Für die Metallindustrie soll ein eigenartiges Organisationsgebilde geschaffen werden, indem alles, was außer den Unionsbergleuten zur Union gehört, einfach als Industriegruppe Metall mit den „Ausgeschlossenen“ zusammengepackt wird. Da das alles noch lange nicht ausreicht zu einer Metallarbeiter-Industriegruppe auch nur dem Namen nach, soll das Unionsgebilde zunächst die Unterabteilung der K.P.D. — Industriegruppe Metall — bilden, um unter rücksichtsloser Ausschloßung der menschenfreundlichen Duldung der kommunistischen Quartiererei im Deutschen Metallarbeiterverband die Einheitsfront mit den „Ausgeschlossenen“ wiederherzustellen und dann „den oppositionellen Block“ so zu stärken, bis der Metallarbeiterverband gesprengt ist und der Boden der kommunistischen Industriegruppe Metall aufgemacht werden kann.

Auch die kommunistischen Schmaroherpflanzen wachsen nicht in den Himmel. Gewiß! Allein sie entziehen den Gewerkschaftsstämmen Saft und Kraft und deshalb können wir nicht ruhig zusehen, wie sie weiter wuchern. Wegen die Kommunisten tun, was sie nicht lassen können, und eigene Gründungen unternehmen. Dann müssen sie sich wohl oder übel gefallen lassen, daß die Gewerkschaften, auf deren Kosten diese wahnwichtigen Experimente vorgenommen werden sollen, die ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen dagegen er-

greifen. Doch der kommunistische Schmaroherfaktit muß endlich energig begegnet werden, um die Gewerkschaftskörper, die davon umwuchert sind, wieder frei und gesund zu machen.

Die Lohnerhältnisse der Kupferschmiede.

Die getrigge gut besuchte Verammlung der Kupferschmiede beschäftigte sich mit der Lohnpolitik der Organisation. Genosse Fleischmann wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Löhne wesentlich von den wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst werden, unter denen die Berufsgruppen zu arbeiten gezwungen sind. Für die Kupferschmiede ist vor allem die Lokomotivindustrie maßgebend, die seit der Inflationzeit einen sehr schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen hat. In diesen Betrieben war es nicht möglich, die Friedenslöhne zu erreichen. Die Löhne der Kupferschmiede in der Großindustrie schwanken zwischen 75 und 90 Pf. pro Stunde. Für diese Industrie wird eine zentrale Lohnbewegung eingeleitet.

Die Kleinindustrie leidet ebenfalls ziemlich stark unter der zurzeit bestehenden Kreditnot. Die Löhne dieser Berufsgruppe haben die gleiche Höhe wie in der Großindustrie. Es wird nun versucht, durch Kündigung des bestehenden Lohnvertrages eine bessere Bezahlung durchzudrücken.

In der regen Diskussion wurde allgemein die Unzufriedenheit mit den niedrigen Löhnen zum Ausdruck gebracht. Die Organisation wurde aufgefordert, unbedingt dafür zu sorgen, daß die Löhne aller Kupferschmiede mindestens die Friedenshöhe erreichen.

Einstimmig wurde beschlossen, für das 3. Quartal einen Beitrag von 85 Pf. festzusetzen. Darin sind enthalten 60 Pf. für den Zentralvorstand und 25 Pf. für die Lokalkasse.

Die englischen Bauarbeiter haben eine Konferenz mit dem Arbeitgeberverband abgehalten mit der Erklärung, sie würden nur verhandeln, wenn die Ausperrungserklärung bedingungslos zurückgezogen werde. Beide Parteien werden sich heute getrennt voneinander mit Vertretern des Arbeitsministeriums besprechen.

Berliner-Bezirksverein Berlin 7. Die nächste Monatsversammlung findet nicht am Dienstag, den 1. Juli, sondern am Montag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Bogenhof, Zum-Eden-Str. 10, statt. Der Vorstand.

Beachtenswert für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckert; Kunst: Dr. John Schlowack; Lokales und Sonstiges: Felix Reuther; Angelegen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Bedeutend ermässigte Preise vieler Artikel in fast allen Abteilungen

Strümpfe
für Damen, Baumwolle, farbige 48 Pf.
für Damen, Musselin, schwarz u. farbig, Doppels. 95 Pf.
für Damen, Ia Seidenstoff, schwarz und moderne Farben 195 Pf.
Herren-Socken BwL, schwarz und farbig 58 Pf.

Trikotagen
Hemden für Herren, Baumwolle, weiss, mit farbigen Einsätzen u. Bolinkleider für Herren makofarbig, alle Größen 225 Pf.
Hemden für Herren, BwL, weiss u. farb. Jacke u. Bolinkl. 275 Pf.
Garnituren für Damen, Baumwolle, farbige, alle Größen 475 Pf.
Schlüpfer für Damen, Baumwolle, farbige, alle Größen 145 Pf.
Hemdchen für Damen, Baumwolle, gestrickt, weiss, o. Arm 75 Pf.

Weisswaren
Klöpplspitze masch., ca. 4 cm breit, Stk. 2 u. 3 mit verschied. Sprühen, Stk. 70 Pf.
Kisseneinsätze 4 Stk. Stk. 38 Pf.
Hemdenpassan 4 Stk. Stk. 45 Pf.
Glasbatistglocke weiss, bunt abgesetzt 375 Pf.
Liseretformen ungarisiert 290 Pf.
Sportkappe aus Duvetin 265 Pf.

Jaschentücher für Kinder, bunt bedruckt, 1/2 Dtr. 60 Pf.
Jaschentücher für Damen, Löss, mit bunter Kante, 1/2 Dtr. 140 Pf.

Damen-Wäsche Mengenabgabe vorbehalten

Hemden Passon und Trägerform 145 175
Beinkleider Knieform, mit Besatz 135 165
Nachthemden halstiel, schön garniert 390 450
Prinzessröcke in Hoblsaum u. Steckerelastfähr. 450 575
Hemdosen leichte Form, nett garniert 425 550
Untertailen mit schönen Steckerelastf. 125 165

Morgenjacken schöne Muster, neue Formen 390

Damen-Schürzen
Teeschürzen aus Batist, reich garniert 95 Pf.
Wiener-Schürzen aus guten Stoffen 145 Pf.
Kleiderschürzen einzelne Mastersachen 475 Pf.
Kinderkittel und Splüßbüschen, verschied. Größen 195 Pf.

Damen-u. Kinder-Bekleidung
Waschblusen für Damen, in Volle und Baumwoll-Musselin 275 Pf.
Damen-Unterröcke aus bedruckten und gewebten Wäschstoffen 275 Pf.
Kleiderrock aus haltbarem, grau meliertem Stoff 250 Pf.
Damen-Kleid z. Baumw.-Musselin, in verschiedenen Farben und Ausführungen 375 Pf.
Kittelkleidchen Wäschstoff, verz. gepust., Gr. 40-55 175 190
Waschanzüge für Knaben, Kleider Art, 3-14 Jahre 650 750

HERMANN
Frankfurter Allee

Waschstoffe
Baumw.-Musseline Meter 70 Pf.
Krepon bedruckt Meter 95 Pf.
Voile bedruckt, ca. 100 cm breit Meter 135 Pf.
Schweizer Crêpe doppeltbr., mod. Muster 225 Pf.

Kleiderstoffe
Schotten doppelbreit, diverse Stellungen Meter 75 Pf.
Halbtuch 130 cm breit, solide Farben Meter 145 Pf.
Covercoat Wolle, 130 cm breit, haltbare Qualität Meter 395 Pf.
Damassé ihr Jackenfutter, doppelbreit Meter 375 Pf.
Duchesse reine Seide, schwere Kleiderware Meter 575 Pf.

Herren-Artikel
Herren-Filzhut moderne Formen und Farben 375 Pf.
Zephiroberhemd mit 1 Kragen 485 Pf.
Regenschirm ihr Herren und Damen 375 Pf.
Binder gross offene Form 75 Pf.
Sportkragen weiss Pique 35 Pf.
Strickbinder hübsche Streifen 38 Pf.

Kissenbezüge weiss Löss, 80 x 80 cm 195 Pf.
Deckelbezüge 120 x 200 cm 625 Pf.

Futterstoffe Foulardine, soweit Vorrat 2.90 M.
Damast, Halbsatzen elegant Dessins bedeut. unt. Preis
Haarpuder
Sohnenberg, Gellstr. 2 u. d. Grünwaldstr.

Strumpfwaren u. Trikotagen
Ia. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220 a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieses Inserats 5% Rabatt.
Ischias in Hülse, Gest. o. Bica L. 15 T. best. Irralmentz. 105 9-11, 1-4
Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Jacoby.

Altes Spezialgeschäft in
Kamelhaar-Schlaf-Hebe-Deden
Zeitotagen
Strümpfen
Fries zu
billigst. Topgepr.
Gebrüder Pflaume
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Ecke Zimmerstr.

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie
Blusen
kaufen Sie am besten und billigsten
direkt vom Fabrikanten
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten
besondere Preise. / Kein Ladenverkauf
Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. st. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.-M. an. Zahn. mit Beißüb. 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Katvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönbrunn, Vorzeiger 10% Rabatt.

Reste-Haus C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Röcke
2% Rabatt!
Trauerpenden
Jeder Art
belieb. preiswert
Paul Golletz,
normale Reibel West.,
Marianenstr. 3,
Kottbuserstr. 10008.

Waschstoffe
Mousseline, Volle, Frotté, Percal, Zephyr, Panama, Sportflanel, Knabensatin, Cadettstoff, Blanddruck, Hemdblusen, Röcke, Untertailen, Damenwäsche, Strümpfe, Schlüpfer, Oberhemden, Sporthemden
Ella Dehmel
Neukölln, Niemeizstr. 9

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kottbuserstr.

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte, billige Feins. Große Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Gala Ladeneingang

Hosen-Anders
Beusselstraße 25

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenl. - Käufe in Resten
Störus, Kottbuserstr. 11
Madras- und Kissenbinden.
Spezial-Gartenweinstock
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Volkskleidung! Kosen
für Sport, Veraj und Straße.
Hanscher-Mäntel.
Coden- und Gummimäntel.
Wäzge für Herren u. Knaben.
Genden u. Coden u. Unterhosen.
Ker gute, solide Ware, billige Preise.
Berufskleidung! Gerhard Köhnen
Neukölln
Nermannstr. 75-77.

Marken-Zigaretten
billigst bei
Herschdorfer
Kottbuser Str. 50

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und
billig!

Quittungs-Marken
seit 40 Jahren Spezialität
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig.

HOLZHÄUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausen Littmann
14, Lehmannstr. 91/93
Berlin 1027/21

TRAUUNGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätl., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322